Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 600. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 23. Dezember 1863.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Hamburg, 22. Dez. Die heutige Versammlung von holsteinischen Ständeabgeordneten war sehr zahlreich besucht. Nach langer und lebhafter Debatte, in der der Baron Scheel-Plessen die Anerkennung des Herzogs Friedrich eifrig bekämpft hatte, beschloß die Versammlung mit überwiegender Mehrheit, diese Anerkennung auszusprechen und die Bundesversammlung zu bitten, daß sie dem Herzoge zu seinem Rechte verhelfen möge. Acht Mitglieder schieden mit Scheel-Plessen aus. Beinahe die Hälfte der Ritterschaft hat die Anerkennung zugesagt und den Beschluß unterzeichnet.

Kassel, 22. Dez. Heute wurde die Ständeversammlung durch den Vorstand des Ministeriums des Innern, Freiherrn v. Stiernberg, eröffnet. Die auf Schleswig-Holstein bezügliche Stelle der Eröffnungsrede lautet:

Die Regierung ist sich der hohen Verpflichtungeu bewußt, welche ihr das Recht und die Ehre der deutschen Nation gerade in diesem Augenblicke auferlegen. Im Verein mit ihren Bundesgenossen entschlossen, dem Rechte sein volles Genüge zu verschaffen, hofft sie, die rechten Wege nicht zu versäumen und rechnet auf die Mitwirkung der Versammlung.

Zur Schlichtung des Verfassungsstreites will die Regierung überall entgegenkommen, wo ihre gewissenhafte Ueberzeugung es gestattet. Der Staatsgrundetat soll vorgelegt werden.

Paris, 21. Dez. Der in dem wiener „Vaterland" abgedruckte Brief des Prinzen Napoleon wird officiell für unecht erklärt.

Paris, 22. Dez. Nach dem heutigen „Moniteur" lautet die von dem Kaiser bei der Entgegennahme der Senats-Adresse gehaltene Ansprache: Ich begrüße den Senat mit Vergnügen wie mit Vertrauen. Ich wünsche im Innern wie nach außen hin die Beruhigung der Leidenschaften, die Eintracht. Meine Aufforderung ist in einem Moment erfolgt, wo die großen Fragen, welche die Regierungen und die Völker trennen, friedlich gelöst werden können. Napoleon I. hat gesagt: „Wenn man sich in Europa schlägt, so ist das Bürgerkrieg." Dieser große Gedanke, ehemals eine Utopie, kann morgen zur Wirklichkeit werden. Für jeden Fall bringt es aber Ehre, ein großes Princip aufzustellen, das das Verschwinden von Vorurtheilen eines anderen Zeitalters bezweckt. Vereinigen wir unsere Anstrengungen für diesen edlen Zweck, beschäftigen wir uns allein mit den Hindernissen, diese zu besiegen. (Weitere Ausführung der früheren Depesche.)

Kopenhagen, 21. Dez. Der Hauptinhalt der kgl. Botschaft, durch welche der Reichsrath heute geschlossen wurde, ist folgender:

Die vor acht Jahren bei dem Zusammentreten des Reichsrathes gehegte Hoffnung, daß die Ordnung der Verfassungsverhältnisse vollendet werden würde, wäre in Erfüllung gegangen, wenn der deutsche Bund sich Dänemark gegenüber innerhalb seiner Befugnisse gehalten hätte. Nur widerstrebend und unter Zwangsandrohungen ist Dänemark dazu gebracht, die gemeinsame Verfassung für Holstein und Lauenburg aufzuheben. Die Bestrebungen zur Wiedervereinigung sind stets an der Verweigerung der Zustimmung seitens der holsteinischen Stände gescheitert. Durch das neue Grundgesetz wird nichts in der Sonderung der gemeinschaftlichen und Sonderangelegenheiten verändert; dem Reichsrath ist keine Befugniß in Sachen gegeben, welche bisher unter die Befugnisse der Sonderrepräsentationen gehört haben.

Die Gesammtverfassung gilt jetzt wohl nur für den Theil unserer Monarchie, über den der Bund keine Befugniß hat; da es jedoch unser Ziel ist, den deutschen Bundesländern dieselbe Selbstständigkeit und Freiheit zu geben, so ist dadurch der Weg gebahnt, worauf allein der verfassungsgemäße Anschluß durch Uebereinkunft des Reichsrathes und der holsteinischen Stände geschehen kann. Für solche Uebereinkunft legt die neue Verfassung nirgends Hindernisse in den Weg, es muß darum auf einem Mißverständnisse beruhen, wenn einige Mächte darin eine Veranlassung gesehen haben, es unabgemacht dahinstehen zu lassen, inwieweit sie unbedingt eingegangene tractatgemäße Verpflichtungen erfüllen wollen.

Ungeachtet jeder die deutschen Bundesländer betreffende Bundesbeschluß erfüllt ist, sind die deutschen Truppen dennoch im Begriff, nicht allein Holstein zu besetzen, sondern auch Lauenburg, von dessen Treue und Zufriedenheit wir so unzweifelhafte Beweise empfangen haben. Wir können hierin keine bundesrechtliche Execution erkennen; um aber einem Zusammenstoße möglichst lange zu entgehen, haben wir es doch für richtig befunden, die Truppen zurückzuziehen, um die ganze Wehrkraft unseres Volkes diesseits der Eider zu sammeln; wir sind überzeugt, daß sich ein treues, tapferes Volk um seinen König schaaren wird, wo es die Freiheit, die Rettung des Vaterlandes gilt.

Paris, 21. Dez. Die im widersprechendsten Sinne gemeldete dänisch-schwedische Allianz ist von Napoleon III. hintertrieben worden, welcher gegen dieselbe seinen ganzen Einfluß in Stockholm aufbot. General Fleury war beauftragt, mit größter Beschleunigung sich nach Kopenhagen zu verfügen. Berlin und Wien hat er nicht zu besuchen. Die Nachricht, daß der Kaiser einen Agenten Friedrichs von Augustenburg empfangen habe, ist unbegründet. Der Kaiser ist entschlossen, im Februar den Congreß zu Fünfen zu eröffnen. (Es wären das Frankreich, Italien, Schweden, Dänemark, Griechenland.)

Der deutsche Abgeordnetentag.

Frankfurt a. M., 21. Dezbr. Gestern begann der vorbereitende Ausschuß des deutschen Abgeordnetentages seine Berathungen über die zu stellenden Anträge, und setzte dieselben bis in die Nacht fort. Heute fand in den weiten Räumen des Saalbaues die Versammlung statt, an welcher sich etwa 500 Abgeordnete aus allen Theilen Deutschlands betheiligten. Die Tribünen waren dicht gefüllt; auch die Diplomatie war vertreten; neben dem badischen Gesandten von Mohl bemerkte man den Prinzen Wilhelm von Baden. Um 10½ Uhr eröffnete Dr. Sigmund Müller von Frankfurt die Versammlung mit einer kurzen Ansprache:

Zum erstenmal seit den Tagen des deutschen Parlaments sind die Vertreter des deutschen Volkes hier versammelt; in froher Hoffnung begrüßt sie die Stadt Frankfurt. Auf den Ruf des Vaterlandes sind Mäner aus allen Ländern und aus allen Parteien hier erschienen. Ein deutscher Volksstamm, deutsches Land steht in Gefahr, vom Körper der Nation losgerissen zu werden. Von den Regierungen, namentlich denen der Großmächte, ist nicht das zur Abwehr Erforderliche geschehen. Zeigen wir, daß es noch eine deutsche Nation giebt, welche ihre Rechte zu schützen versteht.

Kolb von Speyer schlägt darauf im Namen des Ausschusses Dr. S. Müller von Frankfurt zum Präsidenten, Frh. v. Lerchenfeld und Herrn v. Bennigsen zu Vicepräsidenten vor. Die Versammlung nimmt diese Vorschläge durch Acclamation an. Zu Schriftführern beruft der Präsident die Advokaten Hering von Eisenach und Schrader von Frankfurt.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist folgende vom Ausschuß beantragte Erklärung:

Die Versammlung erklärt: Die wirksame Sicherung der Rechte Deutschlands an Schleswig-Holstein beruht auf Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark. Der Tod Friedrichs VII. hat ihre Verbindung mit Dänemark gelöst. Der londoner Vertrag vom 8. Mai 1852, ohne Zustimmung der Volksvertretung und der berechtigten Agnaten zu Stande gekommen und vom deutschen Bunde nicht anerkannt, begründet kein Thronfolgerecht Christian's IX. in Schleswig-Holstein. Kraft unzweifelhaften Rechts ist Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zur Erbfolge in den Herzogthümern berufen. Die Geltendmachung der Thronfolge des Herzogs Friedrich ist zugleich die Geltendmachung der Rechte Deutschlands an Schleswig-Holstein.

Hieraus entspringt die Verpflichtung des deutschen Volkes, für seine verletzte Ehre, für sein gefährdetes Recht, für seine unterdrückten Stammesgenossen und ihren rechtmäßigen Fürsten jedes nöthige Opfer zu bringen.

Einmüthig in dieser Anschauung übernehmen die hier versammelten Mitglieder deutscher Landesvertretungen die Verpflichtung, mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln in ihrem Wirkungskreise dahin zu streben, daß

1) wo und soweit dies nicht bereits erfolgt ist, das Recht Friedrichs anerkannt, und die Anerkennung durch den Bund erwirkt werde,

2) ohne Rücksicht auf fremden Einspruch diesem Rechte Geltung verschafft, die Trennung der Herzogthümer von Dänemark vollzogen, ihre Selbstständigkeit und unzertrennliche Verbindung sofort hergestellt werde.

Sie verpflichten sich ferner, diejenigen deutschen Regierungen zu unterstützen, welche für das volle Recht der Herzogthümer ehrlich und thatkräftig eintreten und diejenigen Regierungen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu bekämpfen, welche das Recht und die Ehre Deutschlands in dieser Sache preisgeben.

Professor Edel (Würzburg) begründet den Ausschußantrag. Seit dreizehn Jahren erscheint auf allen deutschen Festen die schleswig-holsteinsche Fahne, seit dreizehn Jahren steigt Schamröthe in das Antlitz jedes deutschen Mannes, wenn von dem Geschick unserer Brüder an der Eider gesprochen wird. Alle deutschen Parteien — die Feudalen rechne ich nicht dazu — haben dieselbe Anschauung von dem, was Recht ist in der Angelegenheit Schleswig-Holsteins. Die vier Punkte der Resolution sind nichts Neues und können nichts Neues sein. Nicht neue Verträge mit Dänemark sind nothwendig, denn diese würden nicht gehalten werden. Was allein helfen kann, ist die vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark. Sie ist das Recht Deutschlands. Der rechtmäßige Fürst der Herzogthümer ist Herzog Friedrich; in seiner Person sind die Ansprüche der Legitimität und des Volkes verbunden. Des Herzogs Sache ist Deutschlands Sache. Das londoner Protokoll von 1852, welches sich derselben entgegenstellt, ist rechtsungiltig; weder die in Schleswig-Holstein erbberechtigten Agnaten, noch die Stände der Herzogthümer, noch der deutsche Bund haben dasselbe genehmigt. Es darf, es kann vom deutschen Bunde nicht anerkannt werden; die Unterschrift würde zur Grabschrift des Bundestages werden. (Lang anhaltendes Bravo.) Dänemark hat die Unterschrift der beiden deutschen Großmächte erschlichen; es hat das Protokoll selbst zerrissen und dadurch die Unterschrift unwirksam gemacht. Ein Volk, das nicht untergehen will, muß einstehen für sein Recht. Selbst auf das Wagniß eines europäischen Krieges will das deutsche Volk sein Recht behaupten. Aber es fürchtet keinen rechten Krieg, sondern einen Scheinkrieg; von einem solchen will Deutschland nichts wissen, aber in einem ehrlichen Volkskrieg wird die ganze Nation hinter dem Heere stehen, und jeder Volksstamm wird gern den letzten Mann und den letzten Thaler für die Regierung hingeben unter der Bedingung, daß der Krieg nicht eher ein Ende habe, als bis das Recht erkämpft ist. Wir sind hier, um dem Rechtsgewissen des Volkes Ausdruck zu geben. Soll dies mit der Beschränkung, daß nur legale Mittel in Betracht kommen, geschehen: so empfiehlt sich der Ausschußantrag. Das wesentlichste Mittel zur Förderung der Sache der Herzogthümer ist die Einwirkung auf die öffentliche Meinung durch Presse, Versammlungen, Vereine. Ueber die Frage, ob eine Centralleitung der Bewegung eingesetzt werden soll, ist keine Einigung innerhalb des Ausschusses zu Stande gekommen und es erwartet der Ausschuß in dieser Beziehung die Anträge, welche etwa aus der Mitte der Versammlung gestellt werden sollten. Wohl läßt sich erwarten, daß der Beschluß der Versammlung als Ganzes und die Einwirkung jedes Einzelnen nicht ohne Erfolg sein werden. Es wird dies dem Bundesbeschlusse vom 7. Dezember gegenüber, der eine Inconsequenz ist, ein Gegengewicht sein. Dieser Beschluß ist gefährlicher durch den Geist, der in ihm waltet, als durch seinen Wortlaut. Selbst vom Standpunkt des Bundes aus ist der König von Dänemark nicht der rechtliche, sondern allein der faktische Herrscher von Schleswig-Holstein. Es bedarf noch eines 2. Bundesbeschlusses zur Entscheidung der Erbfolge. Entscheidet der Bundestag diese nach dem Recht, so ist die Sache Deutschlands gewonnen. Daß die Mehrheit des 7. Dezember zur Minderheit umgeschaffen werde, ist jetzt die nächste Sorge. Der Druck der auswärtigen Mächte wird, so hoffen wir, nicht wieder die Regierungen einschüchtern. Kommt die Erbfolgefrage zur Entscheidung, so ist eine Ausflucht des Bundestages nicht wieder möglich; denn er muß dann Ja oder Nein sagen. Die Erwartung, daß die Majorität des Bundestages bei der nächsten Abstimmung eine andere sein werde, scheint wohl begründet, denn es liegt das Bedenken für die deutschen Regierungen nahe, daß nach dem Vorgang des londoner Protokolls die Großmächte auch über die Mediatisirung anderer deutscher Fürsten disponiren möchten. Wenn das ganze deutsche Volk zu der trostlosen Ueberzeugung kommt, daß von den Großstaaten Nichts für Deutschland zu hoffen ist, weil sie nur für ihre eigene Machtstellung sorgen, daß von den Mittel- und Kleinstaaten Nichts zu erwarten ist, weil sie keine Selbstständigkeit haben, so ist der Boden für die Existenz der Bundesverfassung verloren. Dies werden die Regierungen bedenken und dadurch in eine andere Richtung gedrängt werden. Bleibt das Volk fest in der Aufwendung seiner legalen Mittel, so wird auch die jetzige Reaction weichen. Geloben wir uns, im Angesicht des Volkes, fest zu stehen, so wahr Gott uns helfe und mit uns dem deutschen Volke! (Lebhafter Beifall.)

Es meldete sich kein anderer Redner, um über den Antrag zu sprechen. Derselbe wird zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen. Stehend bricht die Versammlung in lange Hochs aus.

Vorsitzender Dr. Müller legt ein Schreiben der Mitglieder des oberösterreichischen Landtags vor, welche sich mit dem Programm des nürnberger Ausschusses für die Abgeordnetenversammlung einverstanden erklären. Der Präsident verliest ferner ein Schreiben einer Anzahl Mitglieder des österreichischen Reichsraths, welche verhindert gewesen sind, zur heutigen Versammlung zu reisen und ihre Sympathien für Schleswig-Holstein ausdrücken.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag auf einen leitenden Centralausschuß, welchem bei der Vorberathung im Ausschuß mehrere Mitglieder (namentlich Baiern und Oesterreicher) nicht zugestimmt haben. Derselbe lautet:

Die Versammlung bestellt einen Ausschuß von 36 Mitgliedern als Mittelpunkt der gesetzlichen Thätigkeit der deutschen Nation für Durchführung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein und ihres rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII.

Der Ausschuß ist ermächtigt, eine aus einer kleinen Zahl von Personen bestehende Commission für die geschäftliche Leitung einzusetzen.

Der Ausschuß kann nach Lage der Umstände eine abermalige Versammlung von Mitgliedern der deutschen Landesvertretungen berufen.

Dr. Löwe (Calbe), mit Beifall begrüßt, begründet diesen Antrag. Ein Zweifel über den Umfang des guten Rechts des deutschen Volkes und der Herzogthümer besteht nicht. Demselben ist durch die angenommene Erklärung von der Versammlung Ausdruck gegeben. Es hat aber die Versammlung noch eine andere Pflicht. Es besteht in Deutschland kein staatlicher Organismus, welcher den Willen der Nation als solcher zur Geltung brächte; sie ist gelähmt durch den Dualismus der Großmächte. Unsere Pflicht ist es, zu sorgen, daß das volle Recht auch zur Geltung komme. Wir alle sind Abgeordnete. Den Regierungen gegenüber haben wir unsere Meinung zu sagen. Schon haben sich die augenblicklich versammelten Kammern ausgesprochen. Was ist die Folge gewesen? Die beiden deutschen Großmächte haben sich verbunden, um dem Volkswillen entgegenzutreten, sie haben es dahin gebracht, daß der Bundestag gegen den Willen der Nation beschließt und handelt. Die Bundestruppen rücken schon in Holstein ein, wer kann sagen, ob um die Dänen von dort zu vertreiben oder das holsteinische Volk niederzuhalten? Lassen Sie uns die Elemente sammeln und in Thätigkeit setzen, um dem Volkswillen auch eine Stelle zu verschaffen. Wir müssen handeln nicht blos mit der ganzen Liebe zur Freiheit, sondern auch mit dem ganzen Haß, der nach Vergeltung für so viel Schmach schreit. Schleswig-Holstein ist niedergeworfen nicht von den Dänen, sondern von denen, welche seine Waffen an die Feinde übergaben. Die Regierungen sind nicht bereit, ihm diese Waffen wiederzugeben. Haben wir keinen Staatsorganismus, der den Volkswillen ausführt, so wollen wir dem Volke und dem Fürsten der Herzogthümer die Mittel geben, um die Thatsache des Rechts zu schaffen. Wir haben die Pflicht, ihnen die Waffen zurückzugeben, die den Dänen mit unserer Schuld überliefert sind. Zeigen wir, daß das deutsche Volk nicht dem Gaul gleicht, der nur gesattelt zu werden braucht, um geritten zu werden. Es muß Etwas geschehen; es müssen dem Herzog Friedrich wenigstens die Mittel gegeben werden, welche Deutschland den Herzogthümern 1852 abgenommen hat. Können wir auch nicht Alles thun ist auch nicht aller Erfolg sicher, so können wir doch Geldmittel zusammenbringen, um die Unterstützung der Herzogthümer durchzuführen. Zu diesem Zweck haben wir unsern Antrag gestellt. Der beantragte Ausschuß soll die Zersplitterung der Mittel heilen, die Sammlung derselben fördern und dieselben bewahren, soweit sie nicht der herzoglichen Regierung überliefert sind. Der Ausschuß soll die Vermittelung zwischen der herzoglichen Regierung und dem unorganisirten Volke übernehmen. Die schleswig-holsteinische Regierung hat kein Recht, die Geldsammlungen zu fordern, aber wir haben das Recht! Wir haben das Recht, denn auch unser ist die Schuld, daß die Waffen der Herzogthümer durch Nachlässigkeit, Feigheit, Verrath verloren gegangen sind. Im Ausschuß konnte gestern eine Einigung hierüber nicht erzielt werden; man meinte, es könnten die Unterstützungen direkt an die herzogl. Regieruug gesendet werden. Das ist gegen unsere Ehre und gegen die Ehre der schleswig-holsteinischen Regierung, welche keine Bettelregierung sein soll. Gesetzliche Bedenken stehen unserer Organisation nicht entgegen, und dieselbe wird, wenn sie über ganz Deutschland geht, eher den Versuchen zu polizeilichen Eingriffen widerstehen, als wenn die Anstrengungen vereinzelt bleiben. Es ist in der Stunde, in welcher der Verlust der Herzogthümer droht, nicht würdig, zu zögern und auf die Polizei zu horchen. (Bravo.) Sehen wir zu, daß nicht dereinst das Urtheil gegen das deutsche Volk ergehe: Du bist verworfen, Du hast dein Pfund vergraben. (Stürmischer Beifall.)

Moritz Mohl (Stuttgart): Es wird uns allen schwer, die Gefühle der Entrüstung über den gefaßten Bundesbeschluß zu bemeistern; es kann wohl kein Zweifel sein, daß in dieser Versammlung darüber nur eine Stimme herrscht. Noch habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, daß der heutige Beschluß in Wien, in Berlin Eindruck machen werde. Die Großmächte haben einen Vertrag gegen das Vaterland geltend gemacht, der durch den Treubruch des Feindes schon hinfällig geworden ist. Ich hoffe, daß sie von dieser schweren Verirrung zurückkommen werden. Es ist ja nicht ihr Interesse, sich von der deutschen Nation zu trennen. Ich halte es jetzt noch unmöglich, daß sie das gute Recht nicht finden werden. Wozu sind sie Großmächte, wenn sie nicht das Recht vertreten wollen? Halten wir alles fern, was die Einigkeit dieser Versammlung trennen und dadurch den Eindruck ihrer Beschlüsse abschwächen könnte. Der Ausschüsse haben wir in Deutschland genug, einen Centralausschuß brauchen wir nicht, denn der könnte nichts anderes thun, als was die jetzigen Ausschüsse thun. Hüten wir uns, den Regierungen Mißtrauen zu zeigen. Sache des Bundes ist jetzt, den Herzog anzuerkennen und einzusetzen. Eine heilige Pflicht ist es für uns auch, daß wir mit Klugheit verfahren. Der Vorredner hat es so dargestellt, als sei es eine Ehrenpflicht des Volkes, einen solchen Centralausschuß herzustellen. Wie soll aber das Vertrauen und die Thätigkeit eines solchen Ausschusses der schleswig-holsteinischen Regierung helfen, wenn sie sich nicht selbst zu erhalten versteht? Bringen wir der Einigkeit dieser Versammlung das Opfer, diesen Antrag abzulehnen. (Widerspruch.)

Schulze-Delitzsch, welcher auf's Lebhafteste begrüßt wird: Der Centralausschuß soll keine Beschlüsse fassen, kein Votum abgeben, sondern er wird eingesetzt, um die Beschlüsse der heutigen Versammlung auszuführen. Die schleswig-holsteinische Regierung wünscht den Ausschuß, eben so alle hier in der Versamlung gegenwärtigen Schleswig-Holsteiner. In den einzelnen Vereinen sind Zögerungen und Zweifel vorhanden, wie Geld geschafft werden, wohin es gesendet werden soll. Dem soll der Centralausschuß abhelfen. Das Mißtrauen zu den deutschen Regierungen ist nun einmal da und es läßt sich nicht fortleugnen. Es ist gesagt worden, die Einsetzung des Ausschusses sei eine revolutionäre Maßregel. Verdächtigungen werden freilich nie ausbleiben. Wir, alle Abgeordneten stehen auf dem Boden der Volksinitiative. Eine gesetzliche Organisation derselben kann nicht bedenklich sein; fast ziehen wir uns den Boden unter den eigenen Füßen fort. Nur im Gebrauch eines Rechts bewahrt man dasselbe. Wir haben das Recht der freien Presse, der Versammlungen, der Vereine, wohl also: machen wir von demselben Gebrauch; die Benutzung des zweifellosen Rechts kann nie revolutionär sein. Nicht mit Zögern, mit Rechnungtragen ist zu helfen; fest und männlich muß die Nation auftreten, zunächst ihre materiellen Mittel organisiren, wenn sie einen Erfolg haben will. Was man uns als Gespenst vorhält, die Revolution, werden wir am besten meiden, wenn die Bewegung in unseren Händen, denen der gesetzlichen Vertreter des Volkes bleibt. Es bedarf dazu bestimmter Führer, einer Concentration. Die Stelle des deutschen Parlaments ist in dieser großen Krise nicht ausgefüllt, so ist es denn Aufgabe dieser Versammlung, es zu thun. Fühlen wir uns berufen, in der großen Krise an der Spitze des deutschen Volkes, welches so viel gesetzlichen Sinn hat und uns sein Vertrauen schenkt, zu stehen, so dürfen wir nicht unthätig bleiben. Halten wir uns nicht diplomatisch; nur auf dem Wege der entschiedenen Wahrung unserer Rechte können wir den Regierungen Achtung abnöthigen. Wir müssen zeigen, daß wir praktisch zu verfahren, die Volksinitiative zu benutzen verstehen. Schaffen Sie, meine Herren, den gesetzlichen Boden für die Bewegung, sonst wird die Bewegung über Sie weggehen. (Lauter Beifall.)

Dr. Karl Barth (Augsburg): Es ist für mich Bedürfniß, die Gründe darzulegen, welche mich und meine Freunde (Redner ist Mitglied des deutschen Reformvereins) veranlaßt haben, den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zu unterzeichnen. Derselbe ist nöthig zur Durchführung der Sammlungen. Wir sind als Abgeordnete und Patrioten berechtigt, einen solchen Beschluß zu fassen, da kein deutsches Parlament existirt. Es ist endlich Zeit, etwas zu thun. Was wir thun, darf nicht weniger sein, als was bis diesen Tag das ganze deutsche Volk gethan hat. Opfern wir unsere Parteirücksichten für die Sache der Herzogthümer. Ich habe in meinem Kreise dahin gewirkt, daß die Mitglieder des Reformvereins sich einverstanden erklärt haben mit unseren Schritten für die Sache Schleswig-Holsteins. Spricht sich die Mehrheit dieser Versammlung für unseren Antrag aus, so ist auch ein weiterer Schritt für die Einigung der Parteien geschehen.

Ueber die weiteren Verhandlungen beschränken wir uns auf die folgende kurze Mittheilung. Nach der Rede Barth's betritt Graf Hegnenberg-Dux die Tribüne und verliest eine von ihm und 42 Genossen unterzeichnete Erklärung, nach welcher dieselben sich nicht ferner an den Berathungen betheiligen werden, da diese einem Ziele zusteuerten (Niedersetzung eines Central-Ausschusses), dem sie sich nicht anzuschließen vermöchten. Freiherr v. Lerchenfeld theilt noch die Namen der Unterzeichner mit und legt hierauf, als Mitunterzeichner der Erklärung, seine Vicepräsidentschaft nieder. (Unterzeichnet sind außer den beiden Genannten Prof. Edel, Prof. Toezl und andere baierische Centrumsmänner, Dr. v. Muehlfeld, Brinz und andere Oesterreicher.) Dr. S. Müller spricht als Vorsitzender sein Bedauern über diesen Schritt der Minorität aus und ertheilt hierauf L. Seeger aus Stuttgart das Wort, der in begeisterter Rede den Antrag vertheidigt. Für den Centralausschuß sprechen unter lautem Beifall noch Prof. Häusser, Metz (Darmstadt, Haverkorn (Sachsen), Becher (Stuttgart), Wiggers aus Rendsburg. Letzterer bezeichnet die Einsetzung des Centralausschusses als einen dringenden Wunsch der Schleswig-Holsteiner, und ver-

sichert, daß seine Landsleute auch durch die Bundesexecution sich nicht lähmen lassen, sondern Alles an ihr Recht setzen würden. Zuletzt spricht Dr. Löwe als Berichterstatter für den Antrag und theilt unter lebhafter Zustimmung mit, daß mehrere Unterzeichner des Protestes von demselben wieder zurückgetreten seien. Der Antrag wird hierauf unter stürmischem Beifall im Saale und auf den Tribünen fast einstimmig angenommen. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen, um sogleich zur Wahl der 36 Mitglieder des Centralausschusses zu schreiten.

Preussen.

Berlin, 22. Dezbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Stadtphysikus und Badearzt Dr. Philipp Haas zu Teplitz den Charakter als Sanitätsrath, und dem Rendanten Treplin bei der Provinzial-Instituten- und Communal-Kasse zu Posen den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der Baumeister Haustein zu Halberstandt ist zum königlichen Kreisbaumeister ernannt und demselben die Kreisbaumeister-Stelle zu St. Wendel verliehen worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den berittenen Gendarmen Kirchheim und Hoffmann IV. von der 5. Gendarmerie-Brigade die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihnen verliehenen Ehrenzeichens vierter Klasse des Kriegs-Ordens von St. Georg für Soldaten (bisher St. Georg-Orden fünfter Klasse genannt) zu ertheilen. (St.-A.)

[Die Adresse des Hauses der Abgeordneten] ist gleich am Sonnabend Abend nach Eingang des Bescheides, durch welchen der Empfang der Adreßdeputation des Hauses abgelehnt wurde, an das Staatsministerium, zu Händen des Hrn. v. Bismarck, abgeschickt worden. Eine Antwort darauf ist zur Stunde noch nicht bekannt.

[Die Vertagung des Hauses] wird aller Wahrscheinlichkeit nach bis zum 4. Januar dauern. Die Commissionen hatten keine Sitzung, und das ganze parlamentarische Leben ist in Ruhe getreten, während die Ereignisse ihren ernsten Gang gehen.

Deutschland.

△▽ **Von der Elbe,** 21. Dezbr. [Die österreichischen Soldaten] erscheinen häufig in Altona und verkehren dort mit den einzelnen Dänen auf freundschaftlichstem Fuße. Noch heute bemerkte ich in der Nähe der altonaer Hauptwache mehrere Oesterreicher, die es sich gern gefallen ließen, daß die dänische Wachmannschaft ihnen „dansk Braendeviin" (dänischer Branntwein), der sehr vorzüglich zu sein pflegt, offerirte. — Gestern und heute sind aus dem südöstlichen Holstein verbürgte Mittheilungen eingelaufen, denen zufolge die Dänen sich aus der dortigen Gegend zurückziehen and die Richtung nach Segeberg-Neumünster einschlagen. — Am Mittwoch wird hier die erste für Holstein bestimmte hannoversche Brigade eintreffen, um nach kurzem Aufenthalte die holsteinische Grenze zu überschreiten. Die Mannschaften sollen zum größeren Theile auf dem hamburgischen Landgebiet untergebracht werden, und wird der Bevölkerung durch Maueranschläge Namens der Einquartierungs-Commission das an den einzelnen Soldaten zu verabreichende Quantum Speise und Trank in Erinnerung gebracht. — Aus Holstein kamen heute mehrere in verschiedenen Gegenden ansässige Freunde zu mir, die mir erzählten, daß die dänischen Angestellten in Holstein vor einem Uebertritt der Anhänger des Herzogs Friedrich eine Todesangst hegen. Binnen wenigen Tagen werden sie schon mehr erfahren haben.

Aus Schleswig-Holstein, 20. Dezbr. [Die „Itzehoer Nachrichten"] sind in der That gestern nicht mehr erschienen; nur das Beiblatt mit den Anzeigen durfte noch ausgegeben werden. Als Grund der Unterdrückung dieses in den Herzogthümern verbreitetsten, durchaus gemäßigt und sachlich gehaltenen Blattes wird die Aufnahme der verschiedenen Proclamationen, die in unsrer Landessache, namentlich von Seiten des Herzogs Friedrich erlassen worden sind, angegeben. Uebrigens war nach der Mittwochsnummer von „Dagbladet" die Unterdrückung mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten. Bei dem leitenden kopenhagener Organe hatte nämlich die Haltung des itzehoer Blattes Mißfallen hervorgerufen, und wenn „Dagbladet" über irgend etwas in Holstein sein Mißfallen äußert, so ist das für den dänischen Minister Herrn Hall und seine Creaturen in Plön immer eine genügende Aufforderung, ihre Schuldigkeit als Büttel zu thun. Das ist die Phrase „Holstein für die Holsteiner" in's Thatsächliche übersetzt. (Magd. Z.)

F. **Gotha,** 22. Dez. [An Beiträgen] für Schleswig-Holstein sind — nach einer Bekanntmachung des herzoglichen Finanzdepartements — an das letztere und an die hiesige Privatbank bis jetzt 18,720 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf. eingegangen.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Dez. [Chicane.] In ministeriellen und sehr gut unterrichteten Kreisen wurde heute als bestimmte Thatsache erzählt, daß die Gesandten Oesterreichs und Preußens die Einladung zu der morgenden Beisetzung, die fast jedem hier anwesenden Diplomaten in Form einer Verbalnote zugestellt ist, nicht erhalten haben. Statt des einzig correcten Schrittes, den Hr. Hall nach der Abweisung Irminger's durch die Abberufung der Gesandten in Wien und Berlin hätte thun müssen, hat er also zu dieser kleinen, aber, wie er glaubt, ungefährlichen Chicane seine Zuflucht genommen. Indessen dürften die Monarchen Oesterreichs und Preußens, wie er sich doch sagen mußte, keineswegs eine solche Behandlung ihrer Gesandten hinzunehmen gesonnen sein, und es sollte uns nicht wundern, wenn der diplomatische Bruch durch diese Sache doch nun sehr gegen den Willen der verschiedenen Ministerien in kürzester Frist herbeigeführt würde. England wird dagegen bei der Beisetzung durch neun Herren vertreten sein, durch Lord Wodehouse mit einem Secretär und zwei Attachés, Sir Alex. Paget mit zwei Secretären und zwei Attachés. Sie sehen, was die Zahl der diplomatischen Mannschaften betrifft, so läuft England allen andern Staaten jetzt hier den Rang ab.

Frankreich.

Paris, 20. Dez. [Ein Brief der Königin Victoria.] Das „Mémorial diplomatique" schreibt:

Unter den im „Moniteur" veröffentlichten Antworten der Souveraine auf den Brief des Kaisers vom 4. Nov. glänzt die der Königin von England durch ihre Abwesenheit. Die Höflichkeit erheischte es, daß Ihre britannische Majestät persönlich auf den eigenhändigen Brief Napoleon's III. antwortete. Die Königin Victoria hat diese Pflicht nicht verabsäumt: außer den Correspondenzen des Earl Russell hat auch sie an den Kaiser geschrieben, aber, wie es scheint, einzig und allein, um den Empfang der Einladung anzuzeigen und zu melden, daß sie dieselbe ihren Ministern unterbreitet habe, deren Sache es sei, einen Entschluß in dieser Angelegenheit zu fassen. Der Lakonismus der königlichen Antwort gab sich sogar in den herkömmlichen Höflichkeits-Formeln kund. Die Veröffentlichung der zwischen dem auswärtigen Amte, Lord Cowley und Herrn Drouyn de Lhuys gewechselten Correspondenz schien hinreichend, um den einzigen wichtigen Punkt, nämlich den Entschluß Englands, zur Kenntniß zu bringen; dadurch ward es überflüssig, die von der Königin veröffentlichte Empfangs-Bescheinigung der Oeffentlichkeit zu übergeben.

[Der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserliche Prinz] haben Compiegne gestern verlassen und sind Nachmittags 4 Uhr in den Tuilerien eingetroffen.

[Neues officielles Journal.] Der hiesige Correspondent der „H. B. H." schreibt: Es sollte mich wahrhaftig nicht wundern, wenn Hrn. Rouher aus Anlaß seiner letzten Rede und wegen seiner „glänzenden" Vertretung der liberal-conservativen Ideen des Kaiserreiches, wenn ihm, wie heute verlautet, vom Kaiser bereitwillig die erbetene Erlaubniß ertheilt worden wäre, ein unter seinem besonderen Patronat stehendes großes Abendblatt, das seine persönliche kaiserliche Färbung zu vertreten haben würde, mit dem 1. Januar 1864 ins Leben zu rufen. Gehören doch, wie Hr. Rouher sagt, von den 20 Journalen der Hauptstadt 16 der Opposition, zwei sind so, daß sich das Gouvernement jeden Morgen die Frage vorlegen muß: „Sind Sie für oder gegen uns?" und nur zwei ehrliche Blätter giebt es („Pays" und „Constitutionnel"), die dem Regime durch Dick und Dünn folgen. Statt aus dieser Thatsache die betreffende Lehre zu ziehen, die dadurch, daß sie auf der Hand liegt, nichts an ihrem Werthe verliert, wird nun ein neues officiöses Journal gegründet werden, denn — raisonnirt man — drei können mehr schreien als zwei — und das ist unbestreitbar.

Italien.

Turin, 17. Dez. [Werbungen.] Es ist außer allem Zweifel, daß in ganz Italien großartige Werbungen von Freiwilligen für die ersten Monate des nächsten Jahres vorbereitet werden und daß der Entschluß der Actions-Partei, einen Versuch gegen Venedig zu machen, feststeht. Man will sogar wissen, daß die Regierung von diesen Vorkehrungen vollkommen unterrichtet und daß selbst die Reise Pasolini's derselben durchaus nicht fremd sei. Im ganzen Lande herrscht eine angespannte Thätigkeit, welche um so mehr die Gemüther fieberhaft aufregt, weil sie noch in einem gewissen Geheimniß gehalten werden muß. Doch Jeder scheint davon überzeugt, daß es im nächsten Jahre losgehen wird, und kaum begegnet Einer dem Andern ohne die stereotype Frage: „Wann wird der Krieg beginnen?" Die Millionen Gewehre Garibaldi's scheinen eine Wahrheit werden zu wollen.

Spanien.

Madrid, 18. Dez. [Congreßfrage.] Die spanischen Journale zeigen sich dem Projecte eines europäischen Congresses günstig, in der offen ausgesprochenen Absicht, daß Gibraltar den Engländern abverlangt werde. Das Ministerium ist einverstanden mit diesem nationalen Zwecke.

Amerika.

St. Domingo, 20. Nov. [Der Aufstand.] Laut Briefen aus Porto Plata vom 20. Nov. war das Fort daselbst noch in den Händen der Spanier, welche mit den Dominicanern, die die Ueberreste der Stadt inne hatten, eine abwechselnde Kanonade unterhielten. Briefe aus der im Cibao zerstörten Stadt Santiago, datirt v. 3. Nov., berichten, daß trotz dem Mangel an Mehl und Brot, welches seit zwei Monaten daselbst fehlt, genügend Landesfrüchte, als Bananen, Reis und Mais, sowie zahlreiches Schlachtvieh vorhanden war, um vor Aushungerung im Fall einer Blokade seitens der Spanier geschützt zu sein. — Die Nachrichten aus St. Domingo City reichen bis zum 12. November und melden wenig Veränderung in der gegenseitigen Situation. Der spanische General Gandara hatte mit ca. 3000 Mann Soldaten das kleine Dorf Bani, an der Südseite unweit der Küste frei belegen, leicht einnehmbar und kaum 200 Häuser oder Hütten zählend, den Dominikanern abgenommen, nachdem einige zwanzig Häuser dabei niedergebrannt wurden. General Santana stand mit ca. 2000 Mann in Monte Plata, um nach La Vega zu rücken, woran aber die Dominikaner, unterstützt durch die eingetretene Regenzeit und Anschwellung der reißenden Bergflüsse, denselben genügend hindern können. — Nur durch Concessionen seitens der Spanier, Garantie, ihre früher gegebenen Versprechungen den Dominikanern zu erfüllen und durch Einstellung ihres mittelalterlichen Despotismus würde die Insel dem Mutterlande gesichert werden können, wozu der auf Domingo kürzlich angelangte und als human bekannte spanische General de Vargat hoffentlich die vermittelnde Hand bietet, so daß endlich dem bisherigen Blutvergießen ein Ziel gesetzt würde. (H. N.)

Breslau, 23. Dezbr. [Diebstähle.] Einhorngasse Nr. 5 ein Paar Schlafschuhe von Plüsch und ein altes Hemde; Schweidnitzer-Stadtgraben Nr. 16 ein Paar schwarze Tuchhosen und ein Paar hellgraue Bukskinhosen; Schmiedebrücke Nr. 46 ein schwarzer Düffel-Ueberzieher mit schwarzem Sammetkragen; Albrechtsstraße Nr. 35 ein brauner Düffel-Ueberzieher, ein Paar kalblederne Stiefeln und drei weiße Taschentücher; Goldneradegasse 27 ein messingner Mörser und ein Paar Stiefeln.

Verloren wurden: ein Paar neue Saffian-Pelzschuhe; ein Gesindedienstbuch, auf den Namen Barbara Franz. Kosok lautend; eine schwarzgerippte Cigarrentasche mit Stahlbügel, enthaltend zwei von dem hiesigen Eisenbahn-Postamte Nr. 4 ausgestellte Begleitscheine.

Gefunden wurden: ein Schafpelz mit blaugestreiftem wollnen Ueberzuge; ein Pelzkragen; ein Schlüssel; ein Hundemaulkorb mit der Steuermarke Nr. 1221. 63 versehen; eine Brieftasche, enthaltend einen Lehrbrief und einen Gesellen-Prüfungsschein auf den Schlossergesellen Herrmann Hoffmann aus Namslau lautend; ein Rohrstock; eine Reisetasche mit verschiedenen Gegenständen. (Pol.-Bl.)

♉ **Breslau,** 18. Dezbr. [Handwerker-Verein.] Hr. Prof. Dr. Sadebeck, welcher am gestrigen Abend Vortrag hielt, hatte zu seinem Gegenstande den Luftdruck gewählt. Er erläuterte dessen Stärke und Verschiedenheit nach der verschiedenen Höhe der Orte über der Meeresfläche, nebst vielen seiner Wirkungen, zeigte den Toricellischen Versuch und mittelst einer Luftpumpe auch die „Magdeburger Halbkugeln." Der Vortrag wurde mit allgemeinstem Beifall aufgenommen. Später beantwortete Hr. Professor S. noch eine Frage über Mondbewohner und über den „Werth der regelmäßigen Wetterprophezeiungen in den Zeitungen", den er allerdings auf Null reducirte, da jeder wissenschaftlich gebildete Meteorologe sehr wohl wisse, daß eine Vorhersagung des Wetters auf höchstens 24 Stunden voraus sicher sei. Natürlich beruhe auch die Autorität des hundertjährigen Kalenders auf irrigen Ansichten. Kaufmann F. Schierer vertheidigte hierauf seine in der letzten Vereinssitzung von den Vereinsmitgliedern besprochene, und als nicht zutreffend befundene Ansicht, daß die Jahrmärkte bei dem jetzigen Stande der Verkehrsmittel und der Industrie überflüssig und aufzuheben seien, ohne daß sich jedoch eine weitere Besprechung daran reihte. Musiklehrer Busse zeigte hierauf an, daß der Unterricht in den Anfangsgründen der Musik nach dem Neujahr beginnen werde. Hierauf wurde ein scherzhaftes Gedicht über das lange Ausbleiben der Beantwortung der juristischen Fragen, und ein ernstes über Schleswig-Holstein vorgelesen. Eine Frage wegen einer Sammlung für die albingischen Herzogthümer gab Anlaß zum Hinweis auf die Versammlung des Vereins für Schleswig-Holstein am 19. d. M. bei Springer. — Fabriken-Commissarius J. G. Hofmann hatte eine Einladung zu einer Petition gegen Freizügigkeit und Gewerbefreiheit ꝛc. eingesandt, der der Verein natürlich nicht beitreten kann.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 22. Dez. 10 U. Ab.	324,35	+ 0,2	NW. 4.	Heiter.
23. Dezbr. 6 U. Mrg.	328,43	—0,6	W. 4.	Heiter.

Breslau, 23. Dez. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 11 Z. U.-P. 2 F. 11 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Wien, 22. Dez., Nachm. 12½ Uhr. Börse flau. Geldnoth. 5prozentige Metalliques 72, 65. 4½proz. Metalliques 64, —. 1854er Loose 92, 50. Bank-Aktien 782, —. Nordbahn 172, 80. National-Anlehen 79, 70. Credit-Aktien 182, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 185, 50. London 118, 50. Hamburg 89, 25. Paris 46, 70. Gold —. Böhmische Westbahn 154, 75. Neue Loose 140, 80. 1860er Loose 92, 20. Lomb. Eisenbahn 248, —.

Frankfurt a. M., 22. Dez., Nachm. 2½ Uhr. Oesterr. Effekten bei geringen Umsätzen fest. Böhmische Westbahn —. Finnländische Anleihe 84⅜. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 140. Wiener Wechsel 97⅞. Darmst. Bank-Aktien 217½. Darmst. Zettel-Bank 248½. 5proz. Metalliques 59½. 4½proz. Metall. 52¼. 1854er Loose 75. Oesterr. National-Anleihe 65. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Bankantheile 771. Oesterreich. Credit-Aktien 178⅜. Neueste österreich. Anleihe 77¼. Oesterr. Elisabetbahn 110¼. Rhein-Nahebahn 25⅝. Hessische Ludwigsbahn 122¼.

Hamburg, 22. Dezbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Die Börse war sehr geschäftslos; es waren sehr viele beunruhigende, meistens noch unbestätigte Gerüchte verbreitet. Valuten flau und geschäftslos. Stürmisches Wetter. Schnee und Regen. Schluß-Course: National-Anl. —. Oesterr. Credit-Aktien 74¾. Vereinsbank —. Norddeutsche Bank —. Rheinische —. Nordbahn —. Disconto 4¾. Wien 92, 50. Petersburg 29.

Hamburg, 22. Dez. [Getreidemarkt] weichend. Weizen ab Dänemark 2 Thlr. niedriger offerirt. Roggen, Frühjahr Königsberg zu 56, mit Blokadeklausel vergeblich zu 58 offerirt. Oel stille, loco und pr. Dez. 23¾, pr. Mai 21⅝. Kaffee ruhig. Zucker fest und stille. Zink umsatzlos.

Berliner Börse vom 22. Dezember 1863.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	100 B.
Staats-Anl. von 1859	5	103¼ bz.
dito 1850. 52	4	94½ B.
dito 1854	4½	99½ bz
dito 1855	4½	99½ bz.
dito 1856	4½	99½ bz.
dito 1857	4½	99½ bz.
dito 1859	4½	99½ bz.
dito 1853	4	— —
Staats-Schuldscheine	3½	88 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	119¾ B.
Berliner Stadt-Obl.	4½	99¾ G
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	88 bz.
Pommersche	3½	87½ G
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	93⅛ bz.
Schlesische	3½	92½ bz.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96 bz.
Pommersche	4	95¾ bz.
Posensche	4	94 bz.
Preussische	4	95½ bz
Westph. u. Rhein.	4	95 B.
Sächsische	4	96 bz.
Schlesische	4	96¾ G.
Louisd'or 110 G.	Oest. Bankn. 84¼ bz.	
Goldkronen 9. 7 B	Poln. Bankn. 85¾ G.	

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	61¾ G.
dito Nat.-Anl.	5	67 bz.
dito Lott.-A. v. 60	5	77½ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	76¾ bz u. G.
dito Eisenb.-L.	—	79¾ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	87½—¾ bz.
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	70½ etw bz u. B
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	81 bz u B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	85 G.
dito à 300 Fl.	5	87 G.
dito à 200 Fl.		— —
Kurhess. 40 Thlr.	—	52¾ G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30 G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	—
dito II.	4½	98 B.
dito IV.	4½	95½ B
dito III. v. St. 3½ g.	3½	79½ bz.
Cöln-Minden	4½	101 B.
dito II.	5	102½ G.
dito	4	93 G.
dito III.	4	— — —
dito	4½	97 G.
dito IV.	4	88½ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	86¼ G.
dito III.	4½	— — —
Niederschl. Märk.	4	— — —
dito conv.	4	— — —
dito III.	4	93 bz
dito IV.	4½	98¾ G.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	99 G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	82 G.
dito C. u. D.	4	— — —
dito E.	3½	81 bz.
dito F.	4½	97½ B.
Oest. Franz.	3	248½ bz.
Oest südl. St.-B.	3	253 B.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein.-Nahe-B. gar.	4½	97⅛ bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	92 B.
Aachen-Mastrich	—		4	25¾ bz.
Amsterd.-Rottd.	5 1/10	6	4	104 G
Berg.-Märkische	6½	6½	4	106¾ bz.
Berlin-Anhalt	8¼	8½	4	154 B.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	120 G.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	186 bz.
Berlin-Stettin	7 1/12	7 5/12	4	127¼ bz.
Böhm. Westb.		—	5	64½ bz
Breslau-Freib.	6⅞	8	4	131½ B.
Cöln-Minden	12¼	12⅝	3½	177 bz.
Cosel-Oderberg.	—	½	4	50 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	— —
dito dito	—	—	5	— — —
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	138 G
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	285 B.
Magd.-Leipzig	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1⅛	1 1/12	4	64¾ B.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	122¼ bz.
Mecklenburger	2⅞	2½	4	60 bz.
Neisse-Brieger	3½	4⅝	4	82 G.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	94 bz.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/12	4	59¾ G.
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	55¾ bz u B.
Oberschles. A.	7 2/15	10 11/15	3½	151¼ bz.
dito B.	7 2/15	10 11/15	3½	141 G.
dito C.	7 2/15	10 11/15	3½	151¼ bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 7/10	—	5	103¼ bz.
Oestr. südl. St.-B.	8⅕	—	5	137¾—½ bz.
Oppeln-Tarn.	⅝	2⅛	4	53¾ bz.
Rheinische	5	6	4	96½ bz.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	21¾ bz.
Rhr. Crf. K. Gldb.	3 1/12	4½	3½	— — —
Stargard-Posen	4	6	3½	98 bz.
Thüringer	6⅔	7⅔	4	122⅝ bz.

Bank und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	5 11/15	5 11/15	4	116 B.
Braunschw. B.	4	4	4	65 etw. bz u G.
Bremer Bank	5⅕	4	4	104¼ G.
Danziger Bank	6	6	4	98½ B.
Darmst. Zettelb.	8⅕	9	4	99½ G.
Geraer Bank	5¾	7½	4	95¾ G.
Gothaer „	4½	5½	4	89½ G.
Hannoversche B.	4½	5	4	96½ G.
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	101 G.
„ Vereins-B.	5 1/16	6 1/14	4	103½ G.
Königsberger B.	5⅕	5½	4	100 B.
Luxemburger B.	10	10	4	102¾ G.
Magdeburger B.	3 2/15	4 2/15	4	89 G.
Posener Bank	5 11/15	5 11/15	4	92¾ B.
Preuss. Bank-A.	4 7/12	6 1/24	4½	123½ 124 bz.
Thüringer Bank	2⅝	3	4	68¼ etw. bz.
Weimar „	4	5	4	86½ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	105¼ G.
Coburg. Credb. A.	3	8	4	90 B.
Darmstädter „	5	6½	4	85⅛—⅝ bz
Dessauer „		—	4	2¾ mehr bz u B.
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	96 bz
Genfer Credb. A.	2	3½	4	48⅜—⅝ bz.
Leipziger „	3	3	4	71¾ B.
Meininger „	6	7	4	93 G.
Moldauer Lds.-B.	—	2 1/15	4	30 B.
Oesterr. Credb. A.	7¾	8½	5	76¼, ½, 76¼ bz B.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	102¼ bz. u. G
Minerva	—	—	4	21 mehr bz.
Fbr. v. Eisenbbdf.	—	—	4	84½ B.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	142 bz.
dito dito	2 M.	141⅛ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151¾ bz.
dito dito	2 M.	150½ bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 18¾ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	79 11/12 bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	83⅞ bz.
dito dito	2 M.	83⅛ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 22 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
dito dito	2 M.	99⅙ G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 22 bz.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	95⅛ bz.
dito dito	3 M.	93¼ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T.	86½ bz.
Bremen 100 Thlr.	8 T.	109⅝ bz.

Berlin, 22. Dezbr. Weizen loco 50—58 Thlr. nach Qualität, weißbunter poln. 55 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco neuer am Bassin 36½ Thlr. bez., desgl. 36¼—½ Thlr. ab Bahn bez., Dezbr., Dezbr.-Jan. und Jan.-Febr. 35¼—⅜ Thlr. bez., Br. und Gld., Frühjahr 36⅛—⅜ Thlr. bez. und Br., ¼ Thlr. Gld., Mai-Juni 37 Thlr. bez. und Gld., ¼ Thlr. Br., Juni-Juli 38¼ Thlr. Br., 38 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 30—34 Thlr. pro 1750 Pfd. — Hafer loco 21½—23 Thlr., warthebrucher 22 Thlr. ab Bahn, bez., Lieferung pr. Dezbr. und Dezbr.-Jan. 21⅞ Thlr. Br., Frühjahr 23 Thlr. bez., Mai-Juni 23¼ Thlr. Gld., Juni-Juli 23⅞ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 38—48 Thlr. — Rüböl loco 11 5/12 Thlr. Br., Dezbr. 11⅓—⅜ Thlr. bez. und Br., ⅓ Thlr Gld., Dezbr.-Jan. und Jan.-Febr. 11 5/24—¼ Thlr. bez., Febr.-März 11¼ Thlr. Br., April-Mai 11 5/24—¼ Thlr. bez. und Br., ⅙ Thlr. Gld., Mai-Juni 11¼ Thlr. bez. und Gld. ⅓ Thlr. Br. — Leinöl loco 13⅔ Thlr. Br., Lief. pr. April-Mai 12½ Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 14⅓ Thlr. bez., Dezbr. und Dez.-Jan. 14⅙—¼ Thlr. bez. und Gld., ⅓ Thlr. Br., Jan.-Febr. 14 5/24—¼ Thlr. bez. und Gld., ⅓ Thlr. Br., Febr.-März 14½ Thlr. Br., 5/12 Thlr. Gld., April-Mai 14 19/24—⅚ Thlr. bez. und Gld., ⅞ Thlr. Br., Mai-Juni 15⅙ Thlr. bez. und Gld., ¼ Thlr. Br., Juni-Juli 15½ Thlr. Br., 5/12 Thlr. Gld., Juli-August 15¾ Thlr. bez. und Gld., ⅚ Thlr. Br.

Weizen still. Roggen loco bleibt reichlich offerirt und war eher billiger käuflich. Termine verharrten bei stillem Geschäft in fester Haltung, doch trat, da die Umsätze vereinzelt blieben, keine wesentliche Preisveränderung ein. Gekündigt 3000 Ctnr. Hafer Termine matter. Rüböl blieb gleichfalls ohne jede Preisvariation, obgleich die holländische Depesche recht fest lautete. Der Verkehr hierin war sehr mäßig. Auch von Spiritus kann nur sehr stiller Handel berichtet werden, bei dem sich aber die Preise fest behaupteten, der aber keine Besserung zuließ.

Breslau, 23. Dezbr. Wind: West. Wetter: frostig, schön. Thermometer Früh 1° Kälte. Die Landzufuhren waren heut wenig belangreich, die Kauflust zeigte sich jedoch andererseits schwach.

Weizen schwach gefragt, pr. 84 Pfd. weißer 52—67 Sgr., gelber 52—60 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen behauptet, pr. 84 Pfd. 39—40—42 Sgr., feinster über Notiz zu bedingen. — Gerste schwer verkäuflich, pr. 70 Pfd. weiße 35—37 Sgr., gewöhnliche 30—34 Sgr. — Hafer fest, pr. 50 Pfd. 27—29 Sgr. — Erbsen wenig beachtet. — Wicken schwach beachtet. — Schlesische Bohnen still. — Schlaglein vernachlässigt. — Oelsaaten matt. — Rapskuchen fest, 48—52 Sgr. pr. Centner.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	53—62—67	Wicken	45—47—50
Gelber Weizen	52—57—61		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	39—41—43	Schlag-Leinsaat	150—165—185
Gerste	30—33—37	Winter-Raps	184—194—204
Hafer	26—28—30	Winter-Rübsen	173—180—193
Erbsen	45—50—54	Sommer-Rübsen	145—155—167

Kleesaat — fest, — rothe ordinäre 10⅙—11⅙ Thlr., mittle 11 5/12 bis 12⅔ Thlr., feine 13—13⅓ Thlr., hochfeine bis 14 Thlr., — weiße ordinäre 10—12⅔ Thlr., mittle 13¾—15¾ Thlr., feine 16¾—17¾ Thlr., hochfeine 18—19 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee fehlt, 6—8 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 26—36 Sgr., Metze 1¼—1¾ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 11⅙ Thlr., Dezember 11⅙ Thlr., Frühjahr 10⅚ Thlr. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco und Dezember 13⅚ Thlr., pr. Frühjahr 14½ Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.